

## Vortrag an den Ministerrat

### **Außerordentliche Tagung des Rates der Europäischen Union „Justiz und Inneres“ in der Zusammensetzung der InnenministerInnen am 31. August 2021 in Brüssel**

Am 31. August 2021 fand in Brüssel eine außerordentliche Tagung des Rates der Europäischen Union „Justiz und Inneres“ in der Zusammensetzung der InnenministerInnen statt. Für Österreich nahm der Bundesminister für Inneres, Karl Nehammer, MSc, teil.

Zu den Tagesordnungspunkten wird wie folgt berichtet:

- Situation in Afghanistan: Aspekte des Bereichs „Inneres“

Bei der außerordentlichen Tagung des Rates der Europäischen Union „Justiz und Inneres“ fand ein Gedankenaustausch über die Situation in Afghanistan statt.

Diesbezüglich nahm der Rat eine Erklärung an. Die InnenministerInnen erklärten, dass die Stabilisierung der Region sowie die Sicherstellung der humanitären Hilfe für die bedürftigen Bevölkerungsgruppen in Afghanistan Priorität haben. Die EU werde mit Drittstaaten, die eine größere Zahl von Migranten und Flüchtlingen aufnehmen, zusammenarbeiten, um illegale Migration aus diesen Ländern vorzubeugen. Anreize für illegale Migration sollen vermieden werden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass die Lage in Afghanistan nicht zu neuen Sicherheitsbedrohungen für EU-BürgerInnen führt. Die EU-Außengrenzen sollen weiterhin wirksam geschützt werden.

Die Europäische Kommission trat dafür ein, besonders gefährdeten Personengruppen aus Afghanistan legale Wege nach Europa zu öffnen.

HBM Karl Nehammer erklärte, dass die Voraussetzung, um über Resettlement zu sprechen, ein Ende der illegalen Migration nach Europa sei. Die Hilfe für Menschen vor Ort und effektiver EU-Außengrenzschutz seien prioritär. Österreich beherberge mit 44.000 Personen die zweitgrößte Gemeinschaft von afghanischen Staatsangehörigen in der EU. Alleine im Jahr 2021 wurden in Österreich 2.500 Asylanträge von afghanischen Staatsangehörigen gestellt (400 davon von Frauen). Es gebe auch Herausforderungen mit afghanischen und tschetschenischen Gruppen. Österreich sprach sich gegen die Nennung von Zahlen aus, wie viele Personen in die EU geholt werden sollen. Vielmehr müsse darüber gesprochen werden, wie vor Ort geholfen werden kann, und das Signal gesendet werden, dass es keinen Sinn mache, sich irregulär auf den Weg nach Europa zu machen. HBM Karl Nehammer informierte über die Videokonferenz mit den Nachbarländern von Afghanistan. Österreich sei bereit nach seinen Möglichkeiten zu helfen, gleichzeitig dürfen aber die nationalen Systeme nicht überfordert werden. Außerdem müsse die Europäische Kommission die Herausforderungen der Integration beleuchten. Die Europäische Kommission müsse sich die Entwicklung der Asylantragszahlen in den betroffenen Mitgliedstaaten ansehen.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

15. Oktober 2021

Karl Nehammer, MSc  
Bundesminister